

Auszüge aus der Rede vom 6. Juli 2010

Der erste Maßstab ist, dass die Vorhaben hier im Land machbar sein müssen. Es kann nicht erst der Änderung von Bundesgesetzen bedürfen, um unsere Vorhaben umzusetzen, weil wir sehr wohl wissen, dass wir dann den Leuten den Nimmerleinstag versprechen.

Der zweite Maßstab ist, dass unsere Vorhaben im Land Sachsen-Anhalt aktuell finanzierbar sein müssen. Es kann nicht erst der Umsetzung unseres Steuerkonzepts im Bund bedürfen, weil wir genau wissen, dass die noch eine Weile auf sich warten lassen wird.

In der Landtagsfraktion wurden in den vergangenen Monaten Projekte entwickelt, die Bestandteil unseres Landeswahlprogramms werden sollen und die eine Grundlage darstellen für mögliche Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen im März 2011. Darunter finden sich Forderungen, die wir schon in den vergangenen Legislaturperioden aufgestellt haben, wie zum Beispiel die Forderung nach einem Ganztagsplatz für alle Kinder in der Kindertagesstätte, unabhängig davon, ob ihre Eltern erwerbstätig sind oder nicht. Wir wollen, dass in Sachsen-Anhalt nicht mehr der soziale Status der Eltern vor allem über die Zukunft eines Kindes entscheidet. Deshalb wollen wir eine frühe Gliederung des Schulsystems schrittweise überwinden und die Sekundarschule aufwerten.

In der Wirtschaftspolitik soll ein Umsteuern stattfinden von der Unternehmensförderung hin zur Standortförderung. Um unserer Forderung nach guter Arbeit Nachdruck zu verleihen, werden wir ein Vergabegesetz auf den Weg bringen, das von der CDU-geführten Regierung 2002 als erstes abgeschafft wurde und heute selbst von vielen Unternehmen schmerzlich vermisst wird. Wir wollen den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn, der Langzeitarbeitslose aus Hartz IV herausführt und sie nicht, wie die Beschäftigten in der Bürgerarbeit, in diesem System festhält.

Den Kommunen soll eine verlässliche finanzielle Mindestausstattung durch das Land größere Spielräume für eigene Entscheidungen ermöglichen. Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Wir setzen auf Beteiligung der Menschen und wollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben real ermöglichen. Das erfordert, Chancen für eine Zukunft ohne Angst zu eröffnen. Eigene Hoffnungslosigkeit, Ausgrenzungserfahrungen oder mangelnde Bildungsbeteiligung befördern Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Deshalb werden wir in einem breiten Bündnis mit allen demokratischen Kräften Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit und menschenverachtenden Politikentwürfen entgegentreten.